

Johannes D. Rey **Malaysia –
Grundlagen,
Hintergründe
und Entwicklungen**

Die langjährige Wirtschaftskrise Südostasiens hat Malaysia schwer getroffen. Zwar werden inzwischen wieder positive Wachstumsraten geschrieben, die Zeit der Konsolidierung wurde jedoch nicht ausreichend für politische Reformen genutzt. Fehlende Transparenz, mangelnde Partizipation und unzureichende Umsetzung demokratischer Grundrechte sind die größten Hürden Malaysias auf dem weiteren Weg zur modernen Industriegesellschaft.

Die leidvolle koloniale Geschichte Malaysias prägt verständlicherweise bis heute die Politik, Entscheidungsmechanismen und das alltägliche Leben. Geopolitisch strategisch günstig an der Strait of Malacca (Straße von Malacca) – eine der meistbefahrenen Schifffahrtsrouten der Welt – gelegen, wurde das Land früh ein Spielball internationaler Mächte. Im Jahr 1511 eroberte der portugiesische Seefahrer Alfonso de Albuquerque Melaka, 1641 kamen die Holländer und 1824 übernahmen die Briten die Hoheit. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und den heranrückenden japanischen Truppen 1941 endete die britische Vormachtstellung. Nach der japanischen Kapitulation im September 1945 stand das zukünftige Malaysia erneut unter britischer Verwaltung. Erst am 31. August 1957, dem heutigen Nationalfeiertag (Merdeka Day), erlangte die Federation of Malaya als Mitglied im Commonwealth of Nations ihre vollständige Unabhängigkeit.

■ **Bevölkerung und Sozialstruktur**

Der wichtigste Einzelfaktor zum Verständnis der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation Malaysias ist die ethnische, religiöse und soziokulturelle Struktur der Bevölkerung.

Der Vielvölkerstaat hat ca. 23 Millionen Einwohner, die zu etwa 62 Prozent Malaien (inkl. verschiedener kleinerer Ethnien wie z. B. Dayaks, Kadazans, Ibans oder Orang Asli), zu etwa 30 Prozent Chinesen und zu etwa acht Prozent Inder sind. Seit Mitte der achtziger Jahre wird ein möglichst starkes Bevöl-

kerungswachstum gefördert mit dem Ziel, bis zum Jahr 2100 eine Einwohnerzahl von 70 Millionen zu erreichen. Das durchschnittliche Bevölkerungswachstum beträgt in Westmalaysia 2,4 Prozent, in Ostmalaysia 2,5 bis drei Prozent. Der Anteil der Jugendlichen unter 15 Jahren liegt bei 37 Prozent.

Staatsreligion ist der Islam. Die Malaien, etwa ein Fünftel der Inder und einige Iban sind Sunni-Moslems. Der chinesische Teil der Bevölkerung bekennt sich meist zum Buddhismus, Konfuzianismus oder Taoismus. Die Mehrheit der Inder sind Hindus oder Sikhs. Die Eingeborenen der einzelnen Volksstämme sind entweder Animisten oder Christen. Es gibt infolge der Missionarstätigkeit der anglikanischen und katholischen Kirche ca. eine Million Christen in Malaysia.

Die Malaien bzw. Bumiputra werden vom Staat als die ursprünglichen Einwohner und damit Eigentümer Malaysias betrachtet. Die Chinesen und Inder hingegen wurden überwiegend vom britischen Kolonialherrn als Arbeitskräfte in Minen und Plantagen ins Land gebracht. Hieraus ergibt sich für Malaysia das zentrale politische Problem, diese Heterogenität kreativ zu gestalten bzw. zu nutzen und eine gegenseitige Blockade der Ethnien zu verhindern.

Die Vielfalt der verschiedenen Bevölkerungsgruppen spielt auch bei der Erziehung eine Rolle. Neben den staatlichen Bildungsinstituten gibt es auch private englische und chinesische Schulen. Alle Kinder zwischen sechs und 15 Jahren sind von der neunjährigen allgemeinen Schulpflicht erfasst. Der Besuch der staatlichen Schulen ist kostenfrei. Bahasa Malaysia ist in den Grundschulen erste Unterrichtssprache, Englisch die zweite. Es gibt zehn staatliche Universitäten in Malaysia. Bei der Studienplatzvergabe werden Bumiputras bevorzugt behandelt, deshalb ziehen viele Chinesen und Inder ein Studium im Ausland vor.

■ Staat und Recht

Malaysia ist eine parlamentarische Demokratie und konstitutionelle Wahlmonarchie im Commonwealth of Nations. Staatsoberhaupt ist laut Verfassung der Yang di-Pertuan Agong, der König. Er wird vom Herrscherrat, aus den Reihen der neun Sultane und vier Gouverneure für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Seit 1999 hat der Herrscher Selangor, Sul-

■ **Die Malaien bzw. Bumiputra werden vom Staat als die ursprünglichen Einwohner und damit Eigentümer Malaysias betrachtet. Die Chinesen und Inder hingegen wurden überwiegend vom britischen Kolonialherrn als Arbeitskräfte in Minen und Plantagen ins Land gebracht. Hieraus ergibt sich für Malaysia das zentrale politische Problem.**

■ **Malaysia ist föderativ gegliedert und setzt sich aus 13 Bundesstaaten (neun Erbmonarchien und vier von Gouverneuren repräsentierten Bundesstaaten) zusammen.**

tan Salahuddin Abdul Aziz Shah, dieses Amt inne. Der Agong nimmt seine wesentlichen Amtshandlungen – wie die Ernennung des Premierministers, den Oberbefehl über die Streitkräfte und die Bestätigung von Gesetzesvorlagen – auf Vorschlag des Parlaments bzw. der Regierung vor.

Malaysia ist föderativ gegliedert und setzt sich aus 13 Bundesstaaten (neun Erbmonarchien und vier von Gouverneuren repräsentierten Bundesstaaten) zusammen. Hinzu kommen die Bundesterritorien Kuala Lumpur und die Insel Labuan.

Die Legislative obliegt dem Parlament. Es besteht aus zwei Kammern, dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Der Senat (*Dewan Negara*) hat 70 Mitglieder, von denen 40 vom Yang di-Pertuan Agong für die Dauer von sechs Jahren ernannt und 30 durch Wahlmännergremien in den Bundesstaaten bestimmt werden. Das Repräsentantenhaus (*Dewan Rakyat*) besteht aus 193, nach dem Mehrheitswahlrecht vom Volk für fünf Jahre gewählten, Abgeordneten. Gesetzesvorlagen bedürfen der Zustimmung beider Kammern. Der Senat besitzt jedoch kein Vetorecht. Seine Ablehnung hat lediglich eine aufschiebende Wirkung. Wahlberechtigt sind alle Personen über 21, das passive Wahlrecht liegt für den Senat bei 30 Jahren, für das Repräsentantenhaus bei 21 Jahren. Die letzten Wahlen fanden am 29. November 1999 statt.

Die Exekutive obliegt der Regierung, an deren Spitze der *Premierminister* steht. Dr. Mahathir ist seit 1981 der Premierminister des Landes. Er steht der aus 14 Parteien bestehenden Allparteienkoalition *Barisan Nasional* (BN), Nationale Front, vor. Wichtigste und stärkste Partei ist die *United Malays National Organisation* (UMNO), die hauptsächlich die Interessen der Malaiischen Bevölkerung bzw. Bumiputras vertritt. Die chinesische Bevölkerungsgruppe wird in erster Linie durch die *Malaysian Chinese Association* (MCA), die indische durch den *Malaysian Indian Congress* (MIC) vertreten.

Die Judikative obliegt dem *Federal Court* (Bundesgerichtshof). Er setzt sich zusammen aus den beiden Präsidenten der *High Courts*, deren Zuständigkeitsbereich durch die beiden Landesteile West- (mit Sitz in Kuala Lumpur) und Ostmalaysia (mit Sitz in Kuching/Sarawak) voneinander abgrenzt ist, und vier

vom König ernannten Bundesrichtern. An seiner Spitze steht der Oberste Richter (Lord President).

■ **Wirtschaft**

Seit seiner Unabhängigkeit 1957 hat sich Malaysia von einem kolonial-agrarisch geprägten Land zu einem wirtschaftlichen Schwellenland entwickelt. Der südostasiatische Staat gehört heute trotz der auch hier immer noch nicht ganz überwundenen Wirtschaftskrise zu den wirtschaftlich fortgeschrittensten Ländern der Region. Vor den Währungsturbulenzen 1997 konnte Malaysias Wirtschaft Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von real über acht Prozent vorweisen.

Es gibt jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Entwicklungsstandes und der wirtschaftlichen Struktur zwischen West- und Ostmalaysia (Nordborneo mit den Staaten Sabah und Sarawak). Die westliche Halbinsel ist wesentlich mehr industrialisiert und hat demzufolge größere sozioökonomische Fortschritte aufzuweisen. Die malaysische Wirtschaftspolitik lehnt sich an westliche Muster an, obwohl die Regierung seit den achtziger Jahren unter dem Stichwort *Look East Policy* dazu auffordert, sich an den koreanischen und japanischen Leistungsgesellschaften zu orientieren. Basierend auf den wirtschaftlichen Erfolgen der achtziger und der beginnenden neunziger Jahre, soll Malaysia nach den ehrgeizigen Plänen Mahathirs bis zum Jahr 2020 (Vision 2020) ein voll entwickeltes, modernes Industrieland sein.

Weiterer Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Perspektiven und Planungen ist die langfristig gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung zwischen Chinesen und Malaien. Das seit Anfang der siebziger Jahre verfolgte Ziel, die malaiische Bevölkerung stärker am Produktivvermögen und damit am Wirtschaftsleben zu beteiligen (New Economic Policy), ist seit 1991 einer Politik gewichen, bei der das wirtschaftliche Wachstum wichtiger ist (National Development Policy).

Die ökonomische Schlüsselstellung der Exportwirtschaft wird durch den hohen Anteil der malaysischen Warenausfuhren am Bruttoinlandsprodukt deutlich. Hervorzuheben ist besonders der Sektor der verarbeitenden Industrie. Hier entfällt der Großteil der Exporterlöse auf die Ausfuhr elektronischer Güter.

■ **Seit seiner Unabhängigkeit 1957 hat sich Malaysia von einem kolonial-agrarisch geprägten Land zu einem wirtschaftlichen Schwellenland entwickelt. Der südostasiatische Staat gehört heute trotz der auch hier immer noch nicht ganz überwundenen Wirtschaftskrise zu den wirtschaftlich fortgeschrittensten Ländern der Region.**

Unter den land- und forstwirtschaftlichen Exporten rangieren Palmöl (Malaysia ist heute der weltweit wichtigste Palmölproduzent und deckt mit mehr als sieben Millionen Tonnen rohen Palmöls pro Jahr rund 60 Prozent des Weltbedarfs), Naturkautschuk (Malaysia liefert fast ein Viertel der Weltproduktion), Kakao und Naturholz. Auf der Importseite werden vor allem Kapital- bzw. Investitionsgüter wie z. B. Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, die im eigenen Land nicht hergestellt werden können, eingeführt.

Während die Wirtschaft Malaysias im Jahr 1998 im Zuge der Asienkrise um 7,5 Prozent schrumpfte, war 1999 eine Erholung der Wirtschaft zu verzeichnen. Dies setzte sich im Jahre 2000 und 2001 weiter fort. Das BIP wuchs um 5,8 Prozent. Die Inflation hält sich mit 2,8 Prozent in Grenzen (Höchststand im Juni 1998: 6,2 Prozent). Die Arbeitslosenquote hatte sich in den Jahren vor der Währungskrise kontinuierlich verringert. Sie lag 1996 bei 2,6 Prozent. Nach einem kurzzeitigen Anstieg lag die Arbeitslosenquote 2000 wieder bei ca. drei Prozent, was praktisch Vollbeschäftigung bedeutet. Das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung lag 2000 bei ca. 4000 US-Dollar (Deutschland ca. 29 000 US-Dollar). Der Haushalt sieht für das Jahr 2001 Ausgaben von ca. 91 Milliarden Ringgit (ca. 52 Milliarden DM) vor.

■ Demokratie?

■ **Malaysia ist gesellschaftspolitisch ein Land voller Gegensätze. Die Demokratie ist mit den Demokratien westlicher Prägung nicht zu vergleichen. Dem Papier nach ist Malaysia eine parlamentarische Demokratie und konstitutionelle Wahlmonarchie, in der Praxis muss jedoch von einem oligarchischen bzw. autokratischen System ausgegangen werden.**

Malaysia ist gesellschaftspolitisch ein Land voller Gegensätze. Die Demokratie ist mit den Demokratien westlicher Prägung nicht zu vergleichen. Dem Papier nach ist Malaysia – wie erwähnt – eine parlamentarische Demokratie und konstitutionelle Wahlmonarchie, in der Praxis muss jedoch von einem oligarchischen bzw. autokratischen System ausgegangen werden. Die parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit der regierenden 14-Parteienkoalition BN erlaubt es, die Verfassung nach Belieben zu verändern.

In der Gesellschaft ist durchaus ein ausgeprägter Pluralismus vorhanden, der sich jedoch in den Medien und in der Politik nicht widerspiegelt. Zeitungen und Fernsehen sind zensiert und berichten hauptsächlich über die Regierungspolitik. Die Opposition kommt kaum zu Wort. Die lokalen Nachrichten im Fernsehen sind eine reine Aneinanderreihung von Konfe-

renzeröffnungen und Pressekonferenzen wichtiger Regierungspolitiker. Debattenübertragungen aus dem Parlament, kritische Kommentare der Presse oder Berichte über die Opposition sind nicht zu finden. Die vom Pluralismus erzeugte Spannung zwischen Einheit und Freiheit versucht Premierminister Mahathir mit einer eindeutig auf die Einheit der Partei und Gesellschaft, und nicht auf die Freiheit gerichteten Politik zu überwinden. Eine Einheit in der Vielheit kommt für ihn nicht in Frage.

■ **Neueste Entwicklungen**

Der 75-jährige Datuk Seri Dr. Mahathir Mohamad ist sowohl BN- als auch UMNO-Vorsitzender. Unter seiner Regierung erlebte Malaysia seit 1980 einen wirtschaftlichen Aufschwung, der erst mit der Asienkrise 1998 ein vorläufiges Ende nahm. Obwohl Mahathir bei den letzten, am 29. November 1999 abgehaltenen Allgemeinen Wahlen zum fünften Mal als Premierminister bestätigt wurde, beginnt sein System nach außen wie auch nach innen langsam zu bröckeln. UMNO hatte bei den Wahlen noch nie da gewesene Verluste zu verzeichnen und verlor allein 17 Parlamentssitze. Dies bedeutete einen Vertrauensverlust gegenüber der Regierung, insbesondere bei den das Land politisch dominierenden ethnischen Malaien. UMNO hatte seine Wähler größtenteils an die islamistische Parti Islam SeMalaysia (PAS) verloren, die die Zahl ihrer Sitze im Parlament auf 27 (1995:7) ausbauen konnte. Und auch auf Landesebene musste die Barisan Nasional empfindliche Niederlagen einstecken. Das erklärte Ziel, Kelantan, den seit 1990 von der PAS regierten Bundesstaat, zurückzugewinnen, wurde nicht erreicht. Der einzige BN-Kandidat, der einen Sitz gewinnen konnte, war der UMNO-Vorsitzende Kelantans, Tengku Razaleigh Hamzah. Neben Kelantan konnte die PAS sogar einen zweiten Bundesstaat, das ölfreiche Terengganu an der Ostküste Westmalaysias, für sich gewinnen.

Der Grund dieser Wählerabwanderung war in erster Linie der Unmut über die Verhaftung von Mahathirs ehemaligem Stellvertreter Anwar Ibrahim. Dieser war nach seinem Sturz im September 1998 der Korruption angeklagt und zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Danach folgte ein zweiter, sehr

■ **Der 75-jährige Datuk Seri Dr. Mahathir Mohamad ist sowohl BN- als auch UMNO-Vorsitzender. Unter seiner Regierung erlebte Malaysia seit 1980 einen wirtschaftlichen Aufschwung, der erst mit der Asienkrise 1998 ein vorläufiges Ende nahm.**

schmutzig geführter Prozess, in dem es um angebliche Homosexualitätsvorwürfe ging (Homosexualität ist in Malaysia strafbar). Nach über einem Jahr Prozessdauer wurde Anwar im August letzten Jahres zu weiteren neun Jahren Haft verurteilt. Das politisch motivierte Verfahren zeigte einmal mehr auf, wie abhängig die Rechtssprechung in Malaysia von der Regierung ist. Absicht war es eindeutig, den 54-jährigen Anwar Ibrahim zu diskreditieren und ihn ins politische Abseits zu befördern. Beides ist mit diesem Urteil gelungen.

■ Der „Fall Anwar“ hat die Opposition an einen Tisch gebracht. Zum ersten Mal gibt es in Malaysia eine geeinte Oppositionsfront.

Der „Fall Anwar“ hat die Opposition an einen Tisch gebracht. Zum ersten Mal gibt es in Malaysia eine geeinte Oppositionsfront. Im Vorfeld der Wahlen hatten sich die vier größten Oppositionsparteien – die erwähnte PAS, die chinesisch geprägte Democratic Action Party (DAP), die von der Frau Anwars damals kurz zuvor gegründete *Parti Keadilan Nasional* bzw. National Justice Party (PKN) und die sozialistische Parti Rakyat Malaysia (PRM) – zu dem Bündnis Barisan Alternatif (BA), Alternative Front, zusammengeschlossen. Obwohl es in diesem Bündnis große programmatische Unterschiede und Konfliktpotenziale gibt, ist es der Opposition dennoch gelungen, eine starke Front gegen die regierende BN zu bilden. Dies wurde nicht zuletzt in zwei Nachwahlen, u.a. im Heimatland Mahathirs, bestätigt, in denen jeweils der Kandidat der Opposition gewonnen hat. Die regierende Koalition unter Führung der UMNO hat es auch anderthalb Jahre nach den Allgemeinen Wahlen nicht geschafft, ihre angestammte Wählerschaft zurückzugewinnen. Diese wandert weiterhin vor allen Dingen zur islamischen PAS und Keadilan ab.

Dies bedeutet auch eine persönliche Niederlage für Premier Mahathir. Innerhalb seiner Partei melden sich zunehmend kritische Gegenstimmen. Im Februar erlaubte Mahathir Mitgliedern seiner Partei, eine Versammlung in Kuala Lumpur zu veranstalten. Eine Bewegung mit dem Namen Malay Action Front (MAF), die einer angeblichen „chinesischen Bedrohung“ entgegentreten sollte, wurde gegründet. Allerdings lief die Veranstaltung dann anders als von der Parteiführung geplant ab. Viele Sprecher nutzten die Gelegenheit, ihre Unzufriedenheit mit der UMNO-Führung auszudrücken. Sie klagten die Regierung an, Korruption und Vetternwirtschaft nicht ausrei-

chend zu bekämpfen. Auch der ehemalige Kabinettsminister Sharir Samad, der derzeit Mitglied des Obersten Parteigremiums (Supreme Council) der UMNO ist, äußert offen Kritik an seiner Parteiführung: „I don't think there is a problem with UMNO. The problem is with the leadership.“ Mit seiner Meinung steht er offensichtlich nicht allein da. Auch zwischen Tun Daim Zainuddin, einflussreicher Finanzminister im Kabinett und jahrzehntelanger Freund Mahathirs, und dem Premier ist es zu Differenzen gekommen. Daim fungierte in den letzten Wochen zwar noch als Finanzminister, er hatte aber alle öffentlichen Termine abgesagt und einen zwei-monatigen Urlaub genommen. Am 2. Juni gab er schließlich offiziell seinen Rücktritt bekannt. Ihm wird u.a. vorgeworfen, dafür verantwortlich zu sein, dass Gelder des Pensionsfonds Employees Provident Fund (EPF) unrechtmäßig verwendet wurden, um einem „politically connected tycoon“ (Time dotCom) zu helfen. Kurz nach Daims Rücktritt wurde sein Privathaus zur Einschüchterung von der Polizei durchsucht. Da Daim im Gegensatz zu Anwar Ibrahim jedoch nicht an Mahathirs Stuhl gesägt hatte, sind für ihn keine weiteren Konsequenzen zu befürchten.

Die Wirtschaft drängt verstärkt darauf, den festen Wechselkurs des Ringgit (1 US-Dollar = 3,80 RM) fallen zu lassen. Dies ist von der Regierung Mahathir als Maßnahme gegen den Währungsverfall nach dem Beginn der Wirtschaftskrise im September 1998 eingeführt worden. Ausländische Direktinvestitionen sind spärlich geworden. Die Vorhersagen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mussten nach unten korrigiert werden: War noch Anfang des Jahres von einem Anstieg von sieben Prozent ausgegangen worden, wird nun nur noch von drei bis vier Prozent gesprochen. Die Kapitalverkehrskontrollen, auch wenn sie mittlerweile größtenteils wieder aufgehoben wurden, haben das falsche Signal gesendet. Nur wenige ausländische Firmen sind derzeit daran interessiert in Malaysia zu investieren. Hinzu kommt das Nachlassen des amerikanischen Wirtschaftsaufschwungs. Dies wird auch die stark exportorientierte malaysische Wirtschaft – insbesondere den wichtigen Elektronikbereich – treffen, obwohl die malaysische Politik, allen voran die malaysische Zentralbank, der-

■ **Die Wirtschaft drängt verstärkt darauf, den festen Wechselkurs des Ringgit fallen zu lassen. Dies ist von der Regierung Mahathir als Maßnahme gegen den Währungsverfall nach dem Beginn der Wirtschaftskrise im September 1998 eingeführt worden.**

zeit nicht müde wird hervorzuheben, wie gut man darauf vorbereitet sei.

Der Premier zeigt sich – zumindest in der Öffentlichkeit – unbeeindruckt und offensiv. Ende April stellte er im Parlament den Eights Malaysia Plan vor, der die Richtlinien der Wirtschaft Malaysias bis zum Jahr 2005 bestimmen soll. Mit einer Neun-Punkte-Strategie sollen wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden.

Und Mahathir hat angekündigt, *money-politics*, Korruption und Missmanagement innerhalb der UMNO zu bekämpfen. Bis jetzt mussten sechs hochrangige UMNO-Politiker ihre Posten räumen. Ihnen wird zur Last gelegt, sich ihre Ämter erkauft zu haben. Vielleicht ist das Ganze aber auch eine willkommene Gelegenheit, ungeliebte Mitglieder und Konkurrenten loszuwerden.

Gleichzeitig suchen der Premier und UMNO den Kontakt zur PAS, um die verlorenen Wählerstimmen zurückzugewinnen: Angekündigt sind seit langem die sogenannten Unity Talks zwischen UMNO und PAS, in denen laut UMNO ein Grundkonsens mit der PAS hinsichtlich der zukünftigen Bumiputra-Politik gesucht werden soll. Absicht der UMNO ist es wohl auch, einen Keil zwischen der PAS und den anderen Oppositionsparteien zu treiben. Einige politische Beobachter sehen sogar die Möglichkeit einer Vereinigung zwischen PAS und UMNO. Dies scheint nach heutigem Stand jedoch eher unwahrscheinlich, zumal Mahathir auf der anderen Seite wie gewohnt hart gegen die Opposition auftritt. Mitte April wurden im Vorfeld einer geplanten Kundgebung der Opposition zum zweiten Jahrestag der Verurteilung Anwar Ibrahims (14. April 1999) allein sieben Oppositionsführer (zum größten Teil Keadilan-Mitglieder) unter dem Internal Security Act (ISA) festgenommen. Premierminister Mahathir rechtfertigte die Anwendung des ISA. Der Polizei lägen Beweise vor, dass Aktivisten gewalttätige Protestaktionen geplant hätten mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen. „The government is aware that some quarters plan to stage riots using explosives and other things to topple the government. We know that they have gone to a neighbouring country [Indonesia] and told their friends there that they wished to carry out what happened in that country [...] riots caused by irresponsible people

■ Mitte April wurden im Vorfeld einer geplanten Kundgebung der Opposition zum zweiten Jahrestag der Verurteilung Anwar Ibrahims allein sieben Oppositionsführer unter dem Internal Security Act (ISA) festgenommen. Premierminister Mahathir rechtfertigte die Anwendung des ISA. Der Polizei lägen Beweise vor, dass Aktivisten gewalttätige Protestaktionen geplant hätten mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen.

to topple the [Suharto] government“, so Premier Mahathir. Oppositionsführer dementierten diese Absichten und verlangten von Polizei und Regierung Beweise für diese Aussagen.

Der Einsatz des ISA wird seit längerem kontrovers diskutiert. Es handelt sich um ein 1960 von der Regierung eingeführtes Gesetz zur Niederschlagung einer kommunistischen Rebellion. Bei Verdacht einer Bedrohung für die nationale Sicherheit hat die Exekutive das Recht, eine Person ohne Gerichtsverfahren bis zu zwei Jahre zu inhaftieren.

Von den zehn Inhaftierten – weitere drei wurden eine Woche nach der Kundgebung verhaftet – sind immer noch drei ohne Anklageschrift in Haft. Drei wurden freigelassen und vier wurden am 3. Juni zu jeweils zwei Jahren Haft verurteilt. PAS-Führer kommentierten die Aktion mit den Worten: „They have come to a level where they will use any excuse to stifle the opposition.“ Die Unity Talks sind damit wohl vorerst in weite Ferne gerückt.

■ **Malasias Dilemma**

Mahathir und UMNO befinden sich in einer schwierigen Situation. Es zeigt sich, dass die seit 30 Jahren im Rahmen der New Economic Policy (NEP) praktizierte Bumiputra-Politik in dieser Form von großen Teilen der malaysischen Gesellschaft nicht mehr akzeptiert wird. Die nach den Rassenunruhen von 1969 eingeführte Bumiputra-Politik verschaffte den Malaien zahlreiche Privilegien, z.B. Häuser und Landkauf zu sehr günstigen Konditionen, Bevorzugung bei Einstellung in den Öffentlichen Dienst, Vorteile im Erziehungswesen und bei der Vergabe von Studienplätzen usw.

Obwohl für westliche Beobachter die besondere Behandlung der Malaien recht fremd und ungerecht erscheint, gab es in den letzten 30 Jahren nicht zuletzt gerade durch die Bumiputra-Politik keine Rassenunruhen. Allerdings hat sie nicht gerade Ehrgeiz und Eigeninitiative der Malaien gefordert. Warum sich anstrengen, wenn vom Staat Privilegien garantiert werden? Mahathir äußerte sich auf den letzten UMNO-Parteitag am 21. Juni 2001 selbst zu dem Problem. Der größte Teil seiner Rede bestand aus Ermahnungen an „seine“ Malaien. Sie müssten fleißiger werden. Trotz dreißigjähriger Förderung der malai-

■ **Mahathir und UMNO befinden sich in einer schwierigen Situation. Es zeigt sich, dass die seit 30 Jahren im Rahmen der New Economic Policy (NEP) praktizierte Bumiputra-Politik in dieser Form von großen Teilen der malaysischen Gesellschaft nicht mehr akzeptiert wird.**

Inzwischen befinden sich 24 Prozent des unternehmerischen Kapitals in malaiischer Hand, davon sind jedoch lediglich sieben Prozent private Unternehmen. 1969 waren nur zwei Prozent des Kapitals in malaiischer Hand.

ischen Bevölkerungsgruppe sei das Ziel der NEP, eine dreißigprozentige Beteiligung der Bumiputras an der Wirtschaft und am Wohlstand des Landes, immer noch nicht erreicht worden. Tatsächlich befinden sich inzwischen 24 Prozent des unternehmerischen Kapitals in malaiischer Hand, davon sind jedoch lediglich sieben Prozent private Unternehmen. 1969 waren nur zwei Prozent des Kapitals in malaiischer Hand. Hinzu kommt, dass an den Universitäten die Quoten von malaiischen Studenten nicht erfüllt werden können. So bleiben Studienplätze frei, während sich chinesisch- und indischstämmige Studenten mit zum Teil exzellenten Zeugnissen vergeblich bewerben oder gleich zum Studium ins Ausland gehen. Mahathir, der die Gefahr des Brain-Drain erkannt hat, will nun eventuell die Quoten jedes Jahr neu berechnen lassen, so dass jedenfalls keine Studienplätze frei bleiben. Am 19. Juli wurde der Premier noch deutlicher. In den Zeitungen wurde er mit den Worten zitiert: „The biggest failure in my 20 years as Prime Minister was my inability to change the mindset of the Malays. I am sad that I will have to leave without succeeding to change the culture of the Malays. I have failed to change the Malay mind. Although the Malays have good values, they did not practise them. For the Malays, working hard is a good value but in reality, they do not. It is not because they can't but they don't want to. Malays refused to learn from the Chinese although they were good examples. They had lived next door to the community for decades and yet the Malays refuse to follow their way. My efforts to change the Malays were also misconstrued as being materialistic by some people including student leaders. But we will not be less Malay if we change.“

Auf der zwei Tage nach dem Parteitag abgehaltenen KAS-Konferenz über „Islam and Malaysian Politics“ wurden die Ergebnisse bzw. Auswirkungen des UMNO-Parteitages von vielen Teilnehmern auch angesprochen und diskutiert. So sagte ein Teilnehmer, es sei das erste Mal gewesen, dass ein UMNO-Parteitag „based on fear“ gewesen wäre. Nicht nur die Rede des MP, sondern der äußere Rahmen – überall seien Bilder der Rassenunruhen von 1969 und gewalttätiger Demonstrationen aufgehängt gewesen – hätten deutlich gezeigt, was passiere, falls UMNO die

Regierungsgewalt verlieren würde. Viele waren enttäuscht vom Parteitag und der Rede des Premiers. Von einem „Ruck“, einem neuen Konzept, die „alte“ Partei für die Zukunft fit zu machen, ist in der Tat auf dem Parteitag und insbesondere in der Rede Mahathirs nichts zu spüren gewesen. Der Executive Director des Malaysian Strategic Research Centre (MSRC), Abdul Razak Baginda, meinte, die Wähler wanderten nicht aus Überzeugung, sondern aus Protest und Unzufriedenheit gegenüber der UMNO zur PAS ab. UMNO sei immer noch in einer tiefen Krise und „nothing is done“. Die Partei werde weiterhin durch ihre Politik zunehmend Wählerschaften an die Opposition verlieren. Ein Konferenzteilnehmer warf dem PM vor, es sich mit dem Vorwurf „die Malaien seien nicht fleißig genug“ zu leicht zu machen und dem Land damit zu schaden.

Die ständigen Ermahnungen des Premiers an „seine“ Malaien, fleißiger und wettbewerbsfähiger zu werden, tragen nicht gerade zu einem Sympathiegewinn für Mahathir und UMNO bei. Im Gegenteil – die massive Abwanderung vieler Malaien zur Opposition, insbesondere zur PAS, zeigen gerade die Befürchtungen der Bevölkerung gegenüber der Globalisierung und Mahathirs Modernisierungsvorstellungen auf. Viele haben Angst, von den Veränderungen überrollt zu werden und ihre Privilegien zu verlieren. Vielleicht hat das „System Mahathir“ sich auch selbst überlebt. Die ewig gleichlautenden Attacken gegen den inhaftierten Anwar Ibrahim („Spion der westlichen Welt; wollte die Regierung stürzen“) und vor allem gegenüber der westlichen Welt zeigen nur, unter welchem Rechtfertigungsdruck der Premier sowohl innerhalb der UMNO als auch gegenüber den ethnischen Malaien steht. Der Einfluss Mahathirs innerhalb der UMNO ist nicht mehr allmächtig. Viele sehen ihn mittlerweile für die Partei als Belastung an. Dennoch ist Mahathir weiterhin nicht zu unterschätzen, seine Macht keineswegs gefährdet. Der Anwar-Prozess hat gezeigt, wozu dieser Mann noch fähig ist.

Mahathir sieht sich nun, 30 Jahre nach Erscheinen seines Buches *The Malay Dilemma*, einem kontroversen Werk über die gesellschaftliche Rolle der ethnischen Malaien, einem anderen, eigenen Dilemma gegenüber. Er möchte ein modernes, säkulares und

■ **Die ständigen Ermahnungen des Premiers an „seine“ Malaien, fleißiger und wettbewerbsfähiger zu werden, tragen nicht gerade zu einem Sympathiegewinn für Mahathir und UMNO bei. Im Gegenteil – die massive Abwanderung vieler Malaien zur Opposition zeigen gerade die Befürchtungen der Bevölkerung gegenüber der Globalisierung und Mahathirs Modernisierungsvorstellungen auf.**

multikulturelles Malaysia. Aber seine politischen Fehleinschätzungen der letzten Jahre und die mangelnde Bereitschaft seiner Eidgenossen, für mehr Wohlstand auch mehr arbeiten zu müssen, wirken gegen seine Vision. Er spaltet die malaysische Gesellschaft, indem er immer wieder ermahnt, die Chinesen würden versuchen, den Malaien ihre Privilegien streitig zu machen. Dann wieder kündigt er an, chinesische Politikberater einzustellen, die ihm persönlich zur Seite stehen sollen – wohl wissend, dass die chinesischen Wähler für die regierende Koalition gerade nach der starken malaiischen Abwanderung immer wichtiger werden. Und der Premier schadet zugleich seiner eigenen Partei, wenn er auf der einen Seite versucht, mit PAS über malaiische Einigkeit zu sprechen, und am nächsten Tag Keadilan-Mitglieder, die mehrheitlich Malaien sind – acht der zehn Verhafteten sind ethnische Malaien –, verhaften lässt. Momentan scheint es so zu sein, als sei eine Erneuerung der UMNO und Malaysias nur ohne bzw. nach Mahathir möglich.

■ Ausblick

Gerade in den neunziger Jahren wurden in der westlichen Hemisphäre in Wissenschaft und Politik oft das asiatische Erfolgsmodell mit seinen hohen Wachstumsraten zitiert, wenn es darum ging, die verkrusteten Strukturen im eigenen Land aufzubrechen und Reformen anzumahnen. Der südostasiatische Raum bildet nach wie vor eine der größten Wachstumszonen der Welt, dennoch ist es an der Zeit, ein etwas nüchterneres und realistischeres Bild von Südostasien zu zeichnen.

Besonders die seit Mitte 1997 auftretende Währungs- und Verschuldungskrise hat die Fragilität der Systeme gezeigt. Mit dem rasanten wirtschaftlichen Aufstieg ging kein angemessener politischer Wandel einher. Einschränkungen demokratischer Grundrechte werden nach wie vor mit dem Hinweis auf die besonderen asiatischen Werte begründet. Selbst in Malaysia, einem der stabilsten Länder Südostasiens, gehören „cronyism, nepotism and corruption“ zur Tagesordnung. Von Rechtsstaatlichkeit kann bei weitem nicht die Rede sein. Solange nicht mehr Demokratie gewagt wird, wird Malaysia und ganz Südostasien im globalen Wettbewerb nicht die Rolle spielen, wie es wünschenswert wäre.

■ Der südostasiatische Raum bildet nach wie vor eine der größten Wachstumszonen der Welt, dennoch ist es an der Zeit, ein etwas nüchterneres und realistischeres Bild von Südostasien zu zeichnen.

Dies sind natürlich Worte, die in Malaysia ganz und gar nicht gern gehört werden. Oft werden deshalb die Vereinigten Staaten und die „ethnic Europeans“ (Zitat Mahathirs) u.a. mit dem Trojanischen Pferd verglichen, die Malaysia unter dem Vorwand der Globalisierung und des freien Handels rekolonialisieren wollen. Das Freund-Feind-Prinzip ist ein typisches Instrument der Innenpolitik. Krisen sind nach malaysischer Lesart hauptsächlich außenpolitischen Mächten zuzuschreiben. Dieses häufig benutzte Argumentationsschema der Regierung wird jedoch durch die zunehmende Verbreitung des Internets und den Empfang ausländischer TV-Sender immer wirkungsloser. Überhaupt klagen immer häufiger vor allen Dingen junge Intellektuelle mehr Freiheiten ein. Ein einheimischer Analyst formulierte das vor kurzem so: „We should try and listen as much to dissenting views as possible, for sometimes, these views are far more truthful than those who merely please the listeners. The end must be near for sycophants.“

Dies ist ein gutes Zeichen und es bleibt zu hoffen, dass die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Zeichen der Zeit zum Wohle der Menschen erkennen.